

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 56 846 ppan d



Inhalt

Dietrich Sperling MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, sieht in Luxusmodernisierungen eine Aushöhlung des Kündigungsschutzes: Aus sozialen und städtebaulichen Gründen unerwünscht.

Seite 1/2

Heinz Büchler MdB erinnert die Konservativen an ihre patriotischen Verpflichtungen: Der Dialog darf nicht zunichte gemacht werden.

Seite 3

Liesel Hartenstein MdB sieht als Schuldige bei Unfällen im Straßenverkehr nicht die Kinder, sondern die Straßenplaner: Gebt dem Menschen wieder Vorfahrt.

Seite 4/5

Dokumentation

Messianismus und Verteufelung bei und um Strauß. (Teil II)

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 163

27. August 1980

Aushöhlung des Kündigungsschutzes

Luxusmodernisierungen aus sozialen und städtebaulichen Gründen unerwünscht

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Modernisierung von Wohnungen wird im großen Umfang staatlich gefördert. Diese Förderung soll beibehalten und weiterentwickelt werden. Einem Problembereich dabei werden wir besondere Aufmerksamkeit schenken müssen: Dem der sogenannten Luxusmodernisierung.

Wenn eine Modernisierung so aufwendig und so teuer gestaltet wird, daß die Mieter, vor allem einkommensschwache, die gestiegenen Mieten nicht mehr tragen können, finden Verdrängungsprozesse statt, die aus sozialen und städtebaulichen Gründen unerwünscht sind.

Eine solche Luxusmodernisierung ist mit den sozialen und städtebaulichen Zielen der Bundesregierung unvereinbar. Soweit sie zu einer Verdrängung der Mieter führt, muß



sie als eine Aushöhlung des Kündigungsschutzes angesehen werden. Solche Luxusmodernisierungen werden deshalb bei der öffentlichen Förderung vermieden.

Im Rahmen der öffentlichen Förderung von Wohnungsmodernisierungen ist bei der Bewilligung darauf zu achten, daß die Mietbelastung, die sich nach der Modernisierung ergibt, erträglich bleibt. Dies ergibt sich aus Paragraph 1 Ziffer 1 des Modernisierungsenergieeinsparungsgesetzes, wonach die öffentliche Förderung "der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit guten und preiswerten Wohnungen" zu dienen hat, in Verbindung mit Paragraph 10 Absatz 1 Ziffer 4 Modernisierungsenergieeinsparungsgesetz, wonach "die Wohnungen nach der Modernisierung nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für die angemessene Wohnraumversorgung breiter Schichten der Bevölkerung geeignet" sein müssen. Unabhängig hiervon braucht der Mieter eine öffentlich geförderte Wohnungsmodernisierung nach Paragraph 20 Absatz 1 Modernisierungsenergieeinsparungsgesetz nicht zu dulden, wenn sie eine nicht zu recht fertigende Härte bedeuten würde. Durch das Zusammenwirken dieser Vorschriften erscheint der Mieter gegen durch Modernisierungsmaßnahmen bedingte übermäßige Mieterhöhungen ausreichend geschützt.

Nimmt der Vermieter keine öffentliche Förderung in Anspruch, braucht der Mieter Modernisierungsmaßnahmen gemäß Paragraph 541 a Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch nur zu dulden, soweit ihm dies zugemutet werden kann. Für die Frage der Zumutbarkeit wird von einem Teil der Rechtsprechung mit berücksichtigt, wieweit die Mietbelastung, die sich aufgrund der Modernisierung ergibt, für den Mieter tragbar ist (so etwa Landgericht Kiel, WM 1977, 120). Bei dieser Auslegung läßt sich das Ergebnis, daß Mieter durch Mieterhöhungen als Folge von Modernisierungsmaßnahmen aus ihren Wohnungen verdrängt werden, weitgehend vermeiden.

Es wird von der weiteren Entwicklung abhängig zu machen sein, ob sich eine ausdrückliche Regelung dieser Art empfiehlt und gesetzgeberische Maßnahmen notwendig werden.

(-/27.8.1980/bgy/ca)

+ + +



Der Dialog darf nicht zunichte gemacht werden

Die Konservativen vergessen, daß auch sie patriotische Verpflichtungen haben

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Es ist richtig, "daß gerade die Deutschen zur Festigung des Friedens in Europa beizutragen haben und daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik gefestigt und ausgebaut werden muß".

Aus dieser Feststellung von Staatssekretär Klaus Bölling vom 22. August 1980 kann nur der einzig denkbare Schluß gezogen werden: Der vor zehn Jahren unter viel Mühen und auch Rückschlägen und gegen den schärfsten unerbittlichen Widerstand der Opposition aufgenommene Dialog mit der Führung des anderen deutschen Staates darf nicht abreißen und darf nicht zerstört werden.

Wir beobachten mit einem in Jahren geschärften Sinn für unehrenhafte Motive die neuerlich von Strauß entfesselte antikommunistische Kampagne, die eigentlich gerichtet ist gegen uns. Das geht dann so weit, daß der Anschein erweckt wird, der Regierungschef stehe in einer ideologischen und politischen Reihe mit den Kommunisten Breschnew, Giersek und Honecker und bestätigte sich als Handlanger und Stabilisator des kommunistischen Regimes. Wenn es ihnen um die Macht geht, dann vergessen die Konservativen, daß auch sie eine patriotische Verpflichtung zu tragen haben, dann verleugnen und unterschlagen sie ganz bewußt die zutiefst demokratische Gesinnung ihrer politischen Widersacher.

Wäre dies nicht so gefährlich für den demokratischen Konsens unserer Bürger und ihres Gemeinwesens, wäre es nicht so unwürdig, könnte man lachen über den "sachlichen und fairen Wahlkampf", den doch nur wir Sozialdemokraten und die Liberalen zu führen haben.

Ich habe die große Hoffnung, daß sich die Mehrheit des deutschen Volkes an die Seite unserer Regierung stellen wird. Aber ich fühle mich verpflichtet, davor zu warnen, sich nicht dem von Strauß Tag für Tag gesteigerten innenpolitischen Druck aussetzen zu lassen.

Unsere Regierung soll wissen, daß wir sie unterstützen, daß wir ihre Politik verteidigen, daß wir Beirungen nicht zulassen werden.

Strauß, Zimmermann, Marx, Kohl, selbst Stoltenberg nutzen jeden Umstand, jedes Ereignis, ja Streiks in der Volksrepublik Polen, um die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer Ost- und Entspannungspolitik zu zwingen. Auf der Strecke blieben unsere nationalen Interessen und unsere erste Verpflichtung, als Deutsche gemeinsam den Frieden zu bewahren.

Hier ist es, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt kürzlich sagte, der "Wert an sich", den das Gespräch mit der anderen Seite hat.

Niemand sollte Zweifel aufkommen lassen. Der historische gesamteuropäische Auftrag an die Deutschen, der Wert ihres Dialogs darf nicht durch äußere Umstände geschmälert werden. Ins Kalkül könnte durchaus fallen, daß sich der Wert des Dialogs gerade gegen und wegen äußerer Umstände durchsetzen müßte.

Ohne Zweifel war es richtig, den Dialog aufgrund der Ereignisse in Polen zu verschieben. Es hat auch keinen Sinn mehr, vor dem 5. Oktober einen neuen Termin einzuschieben. Aber nach den Wahlen muß dieser Dialog wegen der gemeinsamen Verantwortung auf mehreren Ebenen fortgesetzt werden.

Zeit zum Nachdenken, auch und gerade für Erich Honecker! (-/27.8.1980/ks/ca)

+ + +



Gebt dem Menschen wieder Vorfahrt

**An Unfällen im Straßenverkehr tragen nicht die Kinder, sondern
die Straßenplaner die Schuld**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat hat sich viel Mühe gegeben, um einem seit Jahren beklagten Übelstand zu Leibe zu rücken: der erschreckend hohen Zahl von Kinderunfällen im Straßenverkehr. Allein im Jahre 1979 mußten über 1.000 Kinder im Straßenverkehr sterben, über 61.000 wurden verletzt. Die Bundesrepublik hält einen wahrhaft traurigen Rekord: Sie ist das Land mit der höchsten Anzahl von Verkehrsunfällen, bei denen Kinder die Opfer sind. Das empfohlene Rezept dagegen lautet: Verkehrserziehung schon im Vorschulalter. Training der Kinder durch die Eltern, bessere Information der Kraftfahrer über das Verhalten von Kindern, Änderung der verkehrsrechtlichen Bestimmungen, Verbesserung der städtebaulichen Verhältnisse.

So weit, so gut. Niemand wird sich dagegen wenden wollen, wenn es um mehr Sicherheit für unsere Kinder geht. Aber die Frage muß gestellt werden, ob Aufklärung, Erziehung, Training wirklich die Zauberworte zur Lösung des Problems sind. Das Wort "Drill" drängt sich geradezu auf. Kinder sollen bereits im Alter zwischen drei und sechs Jahren systematisch geschult, trainiert, in ihrer Spontanität gestoppt, in ihrem Bewegungsdrang behindert werden, um sich frühzeitig genug dem Straßenverkehr anzupassen. Ist dies wirklich der richtige Weg? Die wahre Ursache des Übels liegt woanders: in der Art des Straßenbaus, wie er in unseren Städten und Dörfern seit Jahren betrieben wird. Statt den Menschen von Kindesbeinen an dem Kraftfahrzeug zu unterwerfen, müßten Straßen und Autoverkehr endlich dem Menschen, auch den Verhaltensweisen von Kindern, angepaßt werden, wenn wir wieder eine humane Stadt wollen.

Jahrelang kannte man kein höheres Ziel, als dem Kraftfahrzeug überall Vorfahrt zu geben, überall Platz zu schaffen, ohne Rücksicht auf Verluste, Ortsstraßen wurden verbreitert und begradigt, Bäume abgeholzt, Vorgärten weggeräumt, Häuser abgerissen, Grünplätze asphaltiert - kurz, alle Hindernisse, die zu langsamerem Fahren gezwungen hätten, beseitigt. Ist aber erst einmal die Rennstrecke innerorts da, dann nützt ein 50 Stundenkilometer-Schild überhaupt nichts mehr.



Namhafte Psychologen sagen uns heute, daß unser Verkehrssystem zur Aggressivität, ja sogar zur Gewalttätigkeit regelrecht erziehe. Es fordert dazu heraus, Stärke zu demonstrieren, es dem anderen zu zeigen, über wieviel PS man verfüge. Das gilt bei-
leibe nicht nur für Besitzer von "heißen Öfen"; bekanntlich leidet der Mensch nicht nur als Jugendlicher an Geltungsbedürfnis!

Laut Statistik ist überhöhte Geschwindigkeit die Unfallursache Nr. 1, an zweiter Stelle rangiert falsches Überholen. Eine vor einem Jahr vorgenommene Verkehrsunter-
suchung erbrachte das Ergebnis, daß Dreiviertel aller Autofahrer innerhalb geschlos-
sener Ortschaften schneller fahren als erlaubt.

85 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Kindern ereignen sich innerorts, 60 Prozent sogar in Wohnvierteln. Daß dies so ist, haben wir einer unsinnigen Straßenplanung zu verdanken. Solange schnurgerade, überbreite, zum Rasen verführende Schneisen durch Städte und Ortschaften gezogen werden, auf denen es ein Leichtes ist, 80 oder 100 Stundenkilometer zu fahren, wird nur ein Teil der Kraftfahrer rechtzeitig den Fuß vom Gaspedal nehmen.²

Tausende verunglückter Kinder mahnen: Macht endlich Schluß damit! Gebt dem Menschen wieder Vorfahrt!

Die nüchterne Konsequenz lautet: gründliche Revision der innerörtlichen Verkehrs-
planung, Änderung der Straßenbaunormen, systematische Verkehrsberuhigung in Wohnge-
bieten, Anlage von Wohn- und Spielstraßen, Entlastung vom Durchgangsverkehr. Der
einsichtige Autofahrer nimmt von selber Rücksicht, der uneinsichtige wird nicht
durch Broschüren gestoppt, sondern nur durch massive Hindernisse. Manche Gemeinde-
räte, die sich von den Straßenplanern überzeugen ließen, daß ihre Ortseinfahrten
"aufgeweitet", ihre Kreuzungen mit großzügigen Abbiegespuren versehen werden müßten,
stellen nachher mit Entsetzen fest, daß viel schneller gefahren wird und mehr Unfälle
geschehen als vorher. Das Ortsschild als Begrenzungsmarke bleibt wirkungslos.

Da jedoch, wo mächtige Bäume zu beiden Seiten der Straße die Ortseinfahrt (noch)
markieren, wird dem Autofahrer eher bewußt, daß er in bewohntes Gebiet kommt. Bäume
bilden eine Art "grüne Brenne" - und reinigen außerdem die Luft. Das Beispiel sei
zur Nachahmung empfohlen. (-/27.8.1980/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Als Mann der Vorsehung möchte sich der Unions-Kanzlerkandidat Strauß gern den Wählern am 5. Oktober empfehlen. Diese Selbstbeweihräucherung hat im konservativen Lager nicht nur Tradition, sondern unter seinen Anhängern auch Methode. Die folgende Expertise befaßt sich mit diesem Phänomen. (Teil II)

Messianismus und Verteufelung

Zum messianischen Selbstverständnis von Strauß gehört aber neben den Aspekten der Auserwähltheit und der Berufung, mit denen er sich selbst ausstattet und von einem Teil seiner Anhänger ausgestattet wird, das Bild, das er sich von seinen Gegnern macht, wobei die Vermutung, die Metaphern oder Anspielungen könnten ironisch oder humorig gemeint sein, ausgeschlossen ist. Da ist zunächst einmal der falsche Prophet:

"Eine neue Heilsgeschichte sollte (1969) beginnen, und der Prophet stand auch schon aufgeputzt zur Verfügung, er hieß Willy Brandt." (CSU-Parteitag 1979)

Das Wirken falscher Propheten hatte Strauß auf dem CSU-Parteitag im Juni 1979 beschrieben:

"Diese Gleichheitsfanatiker machen die Welt doch allmählich zur Hölle. Sie versprechen das Paradies auf Erden, sie versprechen die absolute Glückseligkeit, sie verhetzen schon die Kinder in der Schule, um sie mit Glückseligkeitsansprüchen zu erfüllen, sie hetzen sie auf gegen die Schule, gegen die Eltern, gegen die Lehrer, gegen die Kirchen, gegen alle gewachsenen Autoritäten, gegen alle in der Gesellschaft gewachsenen Institutionen."

(Zur Verhetzung der Kinder, "um sie mit Glückseligkeitsansprüchen zu erfüllen", sei darauf hingewiesen, daß ein Streben nach dem Glück - "pursuit-of-happiness" - nicht eine Erfindung sozialistischer Gleichheitsfanatiker, sondern ein Begriff der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1776 ist.)

Laut "Landesberger Tageblatt" vom 23. Januar 1980 sagte Strauß zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf:

"Es werden sich die Pforten der Unterwelt öffnen, um die Ablösung der Sozialisten von der Macht zu verhindern."

Die Formulierung "Pforten der Unterwelt" geht auf die Stelle des Matthäus-Evangeliums zurück, wo Jesus seiner Kirche verheißt, daß die "Pforten der Hölle" sie nicht überwältigen werden. Das Wort "Unterwelt" ist also nicht etwa nur im kriminellen, sondern im metaphysischen Sinne gemeint.

Wo die Hölle sich öffnet, ist der Teufel nicht weit.

Zu Herbert Wehners Kritik an einer maßlosen sowjetischen Äußerung über die Bundesrepublik sagte Strauß auf dem Berliner CDU-Parteitag am 20. Mai 1980:

"Dann kam der scharfe Angriff Wehners gegen die Sowjetunion. Wenn man hier nur hinter dem Pferdefuß nicht gleich den Gestank spüren würde."

Pferdefuß und Gestank sind im Volksaberglauben bekanntliche Merkmale des Teufels.

Wenn Strauß die Mächte der Finsternis beschreibt, gerät ihm die Sprache unversehens zur Tautologie. Zwei Beispiele sind:



1. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk sagte Strauß am 21. Juni 1980:

"Wenn ich ein politisch unbedeutender, intellektuell unterentwickelter, hilfloser, mehr oder minder Mitleid heischender Politiker wäre, hätte man bestimmt nicht dieses diabolische Inferno inszeniert. Sozialisten betrachten die Kanzlerwahl Brandts vom 21. Oktober 1969 als einen tiefen Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Von diesem Einschnitt an sollte die Einbahnstraße gelegt werden, auf ihr der Marsch vollzogen werden mit zwei Endzielen: sozialistische Gesellschaftsordnung, neutralisierte Bundesrepublik. Wer immer sich diesen beiden Zielen entgegensetzt und im Verdacht steht - um mich so auszudrücken -, ein ernsthafter Gegner zu sein, der begegnet der nahtlosen Gemeinschaft der Volksfront und ihrer halbintellektuellen und subkulturellen Helfershelfer."

2. Auf dem CSU-Parteitag 1980 sah Strauß sich "hingestellt als ein Feind der Freiheit, ein Feind des Friedens, ein Feind der Demokratie, ein Feind des Fortschritts, als Hetzer, Kriegshetzer, Friedensstörer, Entspannungsgegner und wie dieses ganze Lexikon der satanisch-diabolischen Diffamierung heißt, das ich ja in diesen Tagen, aber nicht nur ich, sondern auch viele andere, kennenlernen" (Bayernkurier, 26. Juni 1980).

Daß derlei Formulierungen nicht nur rhetorische Kunstmittel des Volksredners Strauß sind, bezeugt eindrucksvoll sein Interview mit der Zürcher "Weltwoche" vom 9. Juli 1980. Befragt nach einem Beispiel für die "globale und säkulare Strategie" der Sowjetunion, beschwört Strauß die Vergangenheit:

Als er 1969 vor der Ostpolitik einer SPD/FDP-Regierung warnte, hat sich "eine Höllenspropaganda gegen mich entwickelt".

Der Interviewer der "Weltwoche" beschrieb seine Eindrücke von Strauß unter anderem mit den Worten:

"Seine gigantischen Wort-Bögen gipfeln so oft in nachhaltigen, hervorstechenden, fast flehentlichen Aussagen wie:

'Glauben Sie mir, ich meine es so, wie ich es sage!'

Und noch, als ich mit meiner Mischung von Erschöpftheit, Skeptizismus und Beeindrucktheit nach dem langen Gespräch unter der Flügeltüre seines Amtssitzes stehe, doppelt er nach:

'Ich bin kein Schauspieler, alles ist wirklich so gemeint.'

Die Aufrichtigkeit, die ihm abgesprochen wird - das ist es, worunter dieser äußerlich so große, starke, bullige Mann leidet. Deshalb ringt er auch mit dem ganzen deutschen Lande, um endlich glaubhaft zu machen, daß er's tatsächlich so meint, wie er's sagt...

Strauß empfindet mittlerweile geradezu Angst, man könnte ihm nicht glauben - und ebendies macht dem Bürger Angst:

Aus der Tiefe der Seele von Franz Josef Strauß spricht die Apokalypse, die Furcht vor dem Ende - und vielleicht auch eigene Urangst."

Genau darin aber liegt Straußens Realitätsentfremdung: Das Problem ist nicht, daß Strauß etwa nicht glaubt, was er sagt, sondern daß er es glaubt. (-/27.8.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

